

# Quotenfrauen

Kandidatinnen, Listen- und Direktmandate im deutschen Wahlsystem

Von Sara Claro da Fonseca und Ana Espírito-Santo

Trotz Quoten auf den meisten Parteilisten sind Frauen im Bundestag unterrepräsentiert. Dies hängt sowohl mit der personalisierten Komponente im deutschen Verhältniswahlsystem als auch mit wahlstrategischen Überlegungen der Parteien zusammen. In den Wahlkreisen ist der Anteil von Kandidatinnen niedriger als auf den Landeslisten der Parteien und ihre Wahlchancen sind geringer als die von Männern. Frauen werden insbesondere von der SPD aufgestellt und gerade in hart umkämpften Wahlkreisen auch gewählt.

Bei der Bundestagswahl 2005 stellten Frauen knapp 52 Prozent der Wähler, aber nur 31,9 Prozent der gewählten Abgeordneten. Damit steht Deutschland verglichen mit dem weltweiten Durchschnittswert von 17,4 Prozent Frauen nicht schlecht da. Schließlich weist es günstige Bedingungen für die politische Repräsentation von Frauen auf: eine hoch entwickelte Wirtschaft, eine in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit liberal orientierte Gesellschaft und ein Verhältniswahlsystem, das der parlamentarischen Vielfalt förderlich ist. Das ist bei Ländern wie Schweden und Finnland nicht anders. In deren Parlamenten aber wurde die 40-Prozent-Marke schon lange überschritten. Welche Faktoren tragen dazu

bei, dass Frauen im Deutschen Bundestag vergleichsweise schwächer vertreten sind?

In der Forschung ist die Schlüsselrolle von politischen Parteien unbestritten. Sie entscheiden über die Aufstellung von Frauen als Kandidatinnen und damit über ihre Wahlchancen. Dabei könnte die politische Unterrepräsentation von Frauen als Produkt ihrer geringen Mitgliederzahlen in den Parteien erscheinen. Wie Abbildung 1 deutlich macht, reicht der weibliche Mitgliederanteil in den deutschen Parteien von gut 18 Prozent bei der CSU bis zu fast 45 Prozent bei der PDS/Die Linke. Vor allem bei den linken Parteien fällt auf, dass Frauen in ihren parlamentarischen Reihen stärker vertreten sind als unter den Parteimitgliedern selbst. Dies deutet auf eine verstärkte Rekrutierung von Frauen für das Parlament hin.

Anreiz könnte das Wahlverhalten von Frauen sein, denn 2005 zeigten diese stärker linksorientierte Präferenzen: 35,5 Prozent der Frauen im Vergleich zu 32,8 Prozent der Männer wählten die SPD, während 8,8 Prozent der Frauen im Vergleich zu 7,4 Prozent der Männer die Grünen wählten. Diese Parteien haben sicherlich ein Interesse daran, diesen Vorteil weiter auszubauen, zum Beispiel durch die verstärkte Aufstellung von Kandidatinnen. Aber auch die von den Wählerinnen lange favorisierte CDU/CSU müsste daran interessiert sein, diesen Nachteil gegenüber SPD und Grünen abzubauen.

Politische Parteien sind rationale, um Wählerstimmen konkurrierende Akteure, die spezifische Repräsentationsangebote an unterschiedliche Wählergruppen richten. Es ist daher anzunehmen, dass mehr Frauen ins Parlament gelangen, wenn Parteien ein wahlstrategisches Interesse an den Stimmen von Frauen sehen. An potenziellen Kandidatinnen mangelt es nicht: Bei allen Parteien wären bei der letzten Wahl rein weibliche Listen- und Wahlkreisauflistungen möglich gewesen, selbst wenn nur fünf Prozent ihrer weiblichen Mitglieder für eine Kandidatur bereitgestanden hätten. Wie Abbildung 1 deutlich macht, nominierten gerade die großen Parteien 2005 mehr Kandidatinnen, als ihr weiblicher Mitgliederanteil zunächst vermuten lässt. Dass bei der CDU/CSU vergleichsweise mehr Frauen aufgestellt als ins Parlament gewählt wurden, deutet auf die unterschiedlichen Wahlchancen von Männern und Frauen bei den Unionsparteien hin. Die

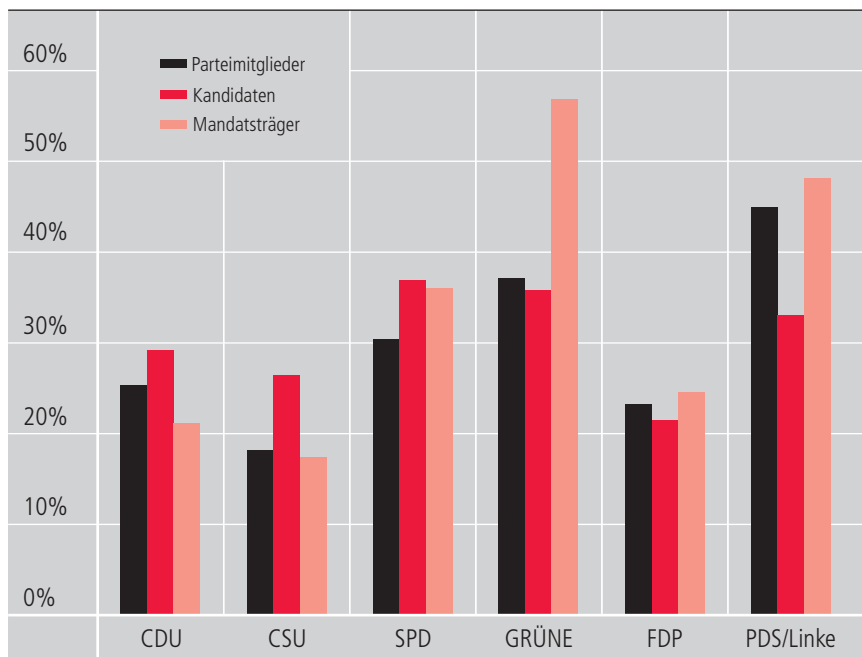


Abbildung 1  
Anteil von Frauen an den Mitgliedern, Kandidaten und Mandatsträgern der politischen Parteien, Bundestagswahl 2005

Quelle: Bundeswahlleiter (eigene Berechnungen); Oskar Niedermayer, „Parteilichschaften im Jahre 2005“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 37, No. 2, 2006

weiblichen Anteile bei den Grünen und der PDS/Die Linke belegen eine Chancenungleichheit mit umgekehrten Vorzeichen, also zum Vorteil von Frauen.

Die Chancenungleichheit zeigt sich auch im Vergleich der Repräsentation von Frauen auf Listen und in Wahlkreisen. Abbildung 2 stellt den Frauenanteil an den Kandidaten und Mandatsträgern der Parteien dar, nach Aufstellungs- und Wahlmodus. Zwar ist die Repräsentation von Frauen seit der Bundestagswahl 1990 sowohl auf den Listen als auch in den Wahlkreisen kontinuierlich gestiegen. Doch mit deutlichen Unterschieden: Frauen wurden viel häufiger auf den Landeslisten der Parteien als in den Wahlkreisen aufgestellt. In den Bundestag wurden sie ebenfalls viel häufiger über die Listen als direkt gewählt. Im Geschlechtervergleich waren die Unterschiede zum Vorteil wie zum Nachteil von Frauen. Seit 1994 ist der Anteil der über die Landesliste gewählten Frauen höher, als der Anteil der auf den Listen nominierten Frauen eigentlich vermuten lässt. In den Wahlkreisen jedoch verhielt es sich genau umgekehrt: Hier waren 1990 und 1994 die Wahlchancen von Frauen nur halb so hoch wie die von Männern.

Diese Unterschiede sind das Resultat der oft unterschiedlichen Interessen von Parteiführung und Kreisverbänden. Für die verstärkte Aufstellung von Kandidatinnen werden vor allem die Listen genutzt, da bei deren Zusammensetzung sowohl die wahlstrategischen Interessen der Parteiführung als auch die spezifischen Interessen unterschiedlicher Parteigruppen – unter anderem von Frauen – zum Tragen kommen. Mit der Einführung von Listenquoten haben sich einige Parteien zur besonderen Förderung von Kandidatinnen selbstverpflichtet, als erste die Grünen 1986. Denen bescherte dieser Schritt das Image einer „Frauenpartei“ und damit ein langfristiges Mobilisierungspotenzial bei den Wählerinnen – auf Kosten der anderen Parteien. So folgte die SPD schon 1988 mit einer Quotierung, nach der Wiedervereinigung die PDS, die CDU erst 1996. CSU und FDP führten Quoten nie ein. Heute reichen die Quoten von 33 Prozent Frauen bei der CDU bis zu 50 Prozent bei der PDS/Die Linke und den Grünen, bei der SPD beträgt die Quote 40 Prozent. Die freiwillige Einführung von Listenquoten durch die Parteien ließ den Frauenanteil im Bundestag rasch ansteigen: Während er sich von 1953 bis 1983 zwischen 5 und 10 Prozent bewegt hatte, stieg er 1987 plötzlich auf 15,4 und 1990 auf 20,5 Prozent an. Seitdem wächst die weibliche Präsenz in allen Fraktionen kontinuierlich, wenn auch bei den linken Parteien auf einem konstant höheren Niveau und bei allen Parteien seit 1998 langsamer.

Die Wahlkreise bleiben von den Quoten unberührt. Auf dieser Ebene ist eine solche Regelung schwer zu implementieren, da von jeder Partei jeweils nur ein Kandidat – entweder Mann oder Frau – aufgestellt werden kann. Hinzu kommt, dass Direktkandidaten von den Kreisverbänden nominiert werden, überregionale Parteiführungen also wenige Möglichkeiten haben, bestimmte Wahlkreise für Frauen zu „reservieren“. Das Geschlecht des Kandidaten gerät oft zugunsten von Kriterien wie lokale Machtstellung, für den Wahlkreis geleistete Dienste und nicht zuletzt individuelle Erfolgsaussichten in den Hintergrund. Denn in den Wahlkreisen tritt Kandidat gegen Kandidat an und führt den Wählern vor, wer am besten für die lokalen Interessen im Parlament eintreten kann. Möglicherweise befürchten die Kreisverbände, dass Frauen in der direkten Konfrontation mit männlichen Kontrahenten als weniger durchsetzungsfähig empfunden und bei der Stimmabgabe diskriminiert werden. Eine solche Wählerskepsis gegenüber Kandidatinnen ist zwar nicht erwiesen, bei der Aufstellung von Frauen in den Wahlkreisen aber muss sie als Wettbewerbsrisiko einkalkuliert werden. Verlieren CDU/CSU oder SPD nämlich Erststimmen an die jeweils andere Partei, können sie dies kaum durch die Zweitstimmen kompensieren, da nur eine sehr geringe Zahl von Wählern ihre Stimmen zwischen den beiden großen Parteien aufteilt. Wen ihre Kreisverbände als Direktkandidaten aufstellen, ist also für den allgemeinen Wahlerfolg von CDU/CSU und SPD entscheidend.

Für die Aufstellung und Wahl von Direktkandidatinnen gibt es eine Reihe von Erklärungsfaktoren. Den stärksten Effekt hat die Partei-



Sara Claro da Fonseca, geboren 1976 in Porto, studierte Politikwissenschaft und Philosophie in Heidelberg und Barcelona. Seit 2004 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin der WZB-Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil, Herausforderungen“, seit 2006 als Stipendiatin des portugiesischen Wissenschaftsministeriums. Im Rahmen ihrer Promotion untersucht Fonseca die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland. [Foto: Sarah De-meuse]

fonseca@wzb.eu

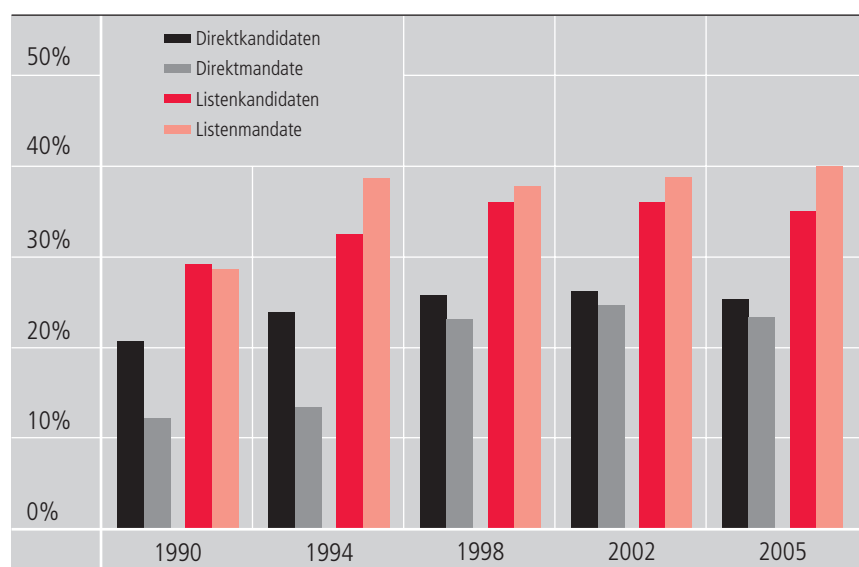


Abbildung 2  
Anteil von Frauen an den Kandidaten und Mandatsträgern der politischen Parteien, nach Aufstellungs- und Wahlmodus, Bundestagswahlen 1990–2005  
Quelle: Bundeswahlleiter (eigene Berechnungen)



Ana Espírito-Santo, geboren 1978 in Lissabon, studierte Politikwissenschaft und Soziologie in Lissabon und Rom. Von 2005 bis 2006 war sie Stipendiatin der Alfred-Töpfer-Stiftung am WZB, seit 2007 ist sie Doktorandin am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz und Stipendiatin des portugiesischen Wissenschaftsministeriums. Im Rahmen ihrer Promotion untersucht Espírito-Santo die politische Repräsentation und Partizipation von Frauen in Europa. [Foto: Sarah Demeuse]

ana.espirito.santo@eui.eu

---

#### Summary

#### Women in the Bundestag

Despite quotas on most party lists, female under-representation in the Bundestag persists. This is related to the majoritarian component in Germany's mixed-member electoral system as well as to the parties' electoral strategies. Less women run in single-member districts than on party lists and they have fewer electoral prospects in first-past-the-post races than men. Female candidates are mostly nominated by the SPD and perform best in the face of high party competition.

---

ideologie: In allen Bundestagswahlen seit 1990 war die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen in den Wahlkreisen nominiert und direkt in den Bundestag gewählt werden, bei der SPD höher als bei der CDU/CSU. Zu beobachten ist auch, dass beide Parteien eher zur Aufstellung von Direktkandidatinnen neigen, wenn sie an der Regierung sind – dann vor allem in den Wahlkreisen, die von der Opposition dominiert werden. Dies kann als Strategie gedeutet werden, in „schwierigen“ Wahlkreisen, wo der politische Gegner den Startvorsprung hat und Wahlen sich entscheiden können, auf den Mobilisierungseffekt von Frauen zu setzen. Dass sich – wie auch in Abbildung 2 zu sehen – von 1998 an die Direktwahlchancen beider Geschlechter tendenziell angleichen, hängt mit den Wahlsiegen der „frauenfreundlicheren“ SPD zusammen.

Für die Direktwahlchancen von Kandidatinnen beider großen Parteien ist auch das Ausmaß der Parteienkonkurrenz im Wahlkreis entscheidend: In „sicheren“ Wahlkreisen, die von der Partei des jeweiligen Kandidaten gehalten werden, haben Frauen gleich gute Gewinnchancen wie Männer. In hart umkämpften Wahlkreisen, wo der Erststimmenunterschied zwischen den beiden großen Parteien gering ausfällt bzw. diese im Wahlkampf auch von den kleineren Parteien herausgefordert werden, ist es anders. Hier und auch in Wahlkreisen, die vom Opponenten gehalten werden, sind die Erfolgsaussichten von SPD-Kandidatinnen besser als die ihrer männlichen Parteikollegen. Dass sie gerade 1998 in solchen Wahlkreisen besonders erfolgreich waren, macht ihren Beitrag zum ersten sozialdemokratischen Wahlsieg nach 18 Jahren kenntlich. Bei der CDU/CSU hingegen sind die Gewinnchancen von Frauen auch in „schwierigen“ Wahlkreisen schlechter als die ihrer männlichen Parteikollegen. Der geschlechtsspezifische Unterschied aber ist gerade in solchen Wahlkreisen am engsten. Weitergehende Analysen ergaben, dass bei der CDU/CSU die Wahlchancen von Frauen dort steigen, wo bei der vorhergehenden Wahl die kleineren Parteien zwar gut mitmischten, aber die SPD gewann. Werden die Sozialdemokraten auch von links herausgefordert, so ist es für die CDU/CSU unter Umständen leichter, eine relative Stimmenmehrheit zu erreichen. Die Aufstellung einer Frau kann hier von strategischer Bedeutung sein und beispielsweise auf die Stimmen von Wechselwählerinnen mit konservativer Tendenz abzielen.

Ob Frauen in den Wahlkreisen aufgestellt werden, hängt zum Teil auch mit ihrer politischen Erfahrung zusammen. So wurden 2005 vor allem Mandatsträgerinnen nominiert,

während 1990 die meisten Kandidatinnen „neu“ waren. Bei der Aufstellung von Frauen in den Wahlkreisen also riskieren die Parteien heute nicht mehr viel. In diesem Sinne zeigte auch die statistische Analyse, dass die vergleichsweise stärkere Bereitschaft der sozialdemokratischen Kreisverbände zur Nominierung von Direktkandidatinnen mit deren wiederholtem Erfolg zusammenhängt. Bei keiner Partei spielt dagegen eine Rolle, in welchem Teil der Republik die Wahlkreise liegen: Frauen kandidieren und gewinnen im Osten gleichermaßen wie im Westen, selbst wenn die PDS/Die Linke in der Analyse berücksichtigt wird. Dass die CDU/CSU Frauen eher in städtischen Wahlkreisen aufstellt, kann sowohl auf einen Mangel an potenziellen Kandidatinnen wie auf die Befürchtung einer stärker konservativen Einstellung gegenüber Frauen in ländlichen Regionen hindeuten.

Bei Wahlen zum Deutschen Bundestag werden Frauen von beiden großen Parteien in schwierige Wahlkreise geschickt, um dort auch zu bestehen. Von einer allgemeinen Wählerskepsis gegenüber Direktkandidatinnen kann demnach keine Rede sein. Dass Frauen seltener Direktmandate erringen als Männer, geht also auf das Konto der Parteien, vor allem ihrer Kreisverbände. Bei zunehmendem Wahlerfolg von Direktkandidatinnen und Freiwerden von Wahlkreisen nach dem Ausscheiden männlicher Langzeitabgeordneter aber steht zu erwarten, dass für CDU/CSU und SPD die Anreize zur Nominierung von Frauen größer werden. Die Bundestagswahl 2009 wird zeigen, ob sich der mit den Listenquoten eingeleitete Trend steigender Frauenrepräsentation im deutschen Parlament auch in den Wahlkreisen durchsetzt.

#### Literatur

Ronald Inglehart, Pippa Norris, *Rising Tide: Gender Equality and Cultural Change around the World*, Cambridge: Cambridge University Press 2003, 240 S.

Tatiana Kostadinova, „Ethnic and Women's Representation under Mixed Election Systems“, in: *Electoral Studies*, Vol. 26, No. 2, 2007, S. 418–431

Sheri Kunovich, Pamela Paxton, „Pathways to Power: The Role of Political Parties in Women's National Political Representation“, in: *American Journal of Sociology*, Vol. 111, No. 2, 2005, S. 505–552

Richard E. Matland, „Enhancing Women's Political Participation: Legislative Recruitment and Electoral Systems“, in: Julie Ballington, Azza Karam (Eds.), *Women in Parliament: Beyond Numbers*, Stockholm: International IDEA 2005, S. 93–111